Es war der 11. März 2004, nur drei Tage vor den spanischen Parlamentswahlen, als der "Terror Europa erreichte" - wie die Medien titelten. Im morgendlichen Berufsverkehr explodierten zehn Bomben fast zeitgleich in vier Pendlerzügen. Mit rund 200 Toten und weit über 1000 Verletzten waren es die schwersten Anschläge in der jüngeren Geschichte Spaniens.

Die konservative spanische Regierung (die drei Tage später abgewählt wurde) fokussierte sich anfänglich massiv auf die baskische ETA als Tätergruppe. Eine Woche nach den Attentaten erhoben ausländische Korrespondenten deswegen schwere Vorwürfe gegen die Regierung. Mehrere Journalisten seien kurz nach den Attentaten telefonisch von ranghohen Regierungsmitarbeitern gebeten worden, die baskische ETA als Urheberin der Terroranschläge zu nennen.

Auch der Herausgeber der spanischen Zeitung "El Periodico", sprach von Einflussnahme. Er sei von Ministerpräsident Aznar persönlich angerufen worden, als die Zeitung eine Sonderausgabe zu den Terroranschlägen vorbereitet habe. Aznar habe ihm gesagt: "Es war die ETA. Haben Sie daran nicht den geringsten Zweifel!" Auch die Tageszeitung "El Pais" hatte berichtet, dass sie Anrufe von Aznar erhalten habe, der auf eine Täterschaft der ETA verwiesen habe. Die staatlichen spanischen Medien manipulierten nach Darstellung von Mitarbeitern weite Teile der Berichterstattung über die Terroranschläge von Madrid. (ARD)

Die Täterschaft der ETA ließ sich jedoch nicht erhärten. Stattdessen wurden nach einiger Zeit ganz andere Dinge bekannt. Nachdem sich beispielsweise der mutmassliche Organisator der Anschläge nach wenigen Wochen gemeinsam mit sieben weiteren Terrorverdächtigen bei einer Razzia in die Luft gesprengt hatte, konnte man der Presse entnehmen, dass die Polizei ihn seit Jahren überwacht hatte. (AP)

Außerdem waren zwei der mutmaßlichen Attentäter Polizeispitzel gewesen, unter ihnen derjenige, der den Sprengstoff besorgt hatte. Die Polizei wusste vom Verkauf des Sprengstoffes und der Waffen an die Attentäter. (Spiegel ; Telepolis)

Ein Abgeordneter der konservativen PP (Partido Popular) befragte den inhaftierten Polizeispitzel schriftlich, da die Regierung und die kleinen Parteien im eigens eingerichteten Untersuchungsausschuss verhindert hatten, dass er dort vernommen wurde. Als der Abgeordnete die Antworten dem Untersuchungsausschuss vorlegte, wurde das Dokument nicht zugelassen. Auch Richter und Staatsanwaltschaft lehnten ab. "Hat die Regierung etwa Angst, die Wahrheit könnte ans Licht kommen?", fragte der Abgeordnete. (TAZ)

Weiterhin kam ans Licht, was in solchen Fällen offenbar dazugehört: eine Daten-Löschaktion. Der neugewählte Ministerpräsident Zapatero beschuldigte die Regierung seines konservativen Amtsvorgängers Aznar, vor ihrem Ausscheiden sämtliche Daten zu den Terroranschlägen vom 11. März gelöscht zu haben. "Am Regierungssitz gab es kein einziges Papier, keine einzige computergespeicherte Information, weil ein massives Löschmanöver stattgefunden hat", sagte Zapatero vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Für den Zeitraum vom 11. März - dem Tag des Anschlags - bis zum Tag der Parlamentswahl am 14. März lägen im Amt des Regierungschefs keinerlei Informationen über eingegangene Nachrichten, Beratungen und Entscheidungen vor. (ZDF)

Auch die große Tageszeitung "El Mundo" recherchierte intensiv und veröffentlichte mehr als ein Jahr nach den Anschlägen interne Polizeidokumente, die belegten, dass die Nationalpolizei und der Geheimdienst genau über die Attentäter informiert waren. (El Mundo ; Telepolis)

Der für die Anschläge zuständige Ermittlungsrichter am Nationalen Gerichtshof versuchte daraufhin, die Zeitung zum Schweigen zu bringen und forderte sie auf, ihre Akten herauszugeben, da sie sich sonst dem "Delikt des Ungehorsams gegen die Justiz" schuldig mache. "El Mundo" wehrte sich und veröffentlichte weiter Unangenehmes zur Verwicklung staatlicher Behörden in die Attentate. (Telepolis)

Fest stand nun, dass die Spitzel der Sicherheitskräfte den Sprengstoff besorgt und an die Islamisten geliefert hatten. Der Geheimdienst CNI hatte sogar Kontakte bis direkt in den Kreis der Attentäter. (Telepolis) So kann gesagt werden, dass es die Anschläge ohne die Hilfe durch dieses Geflecht nicht gegeben hätte.

Quelle des Originalbeitrags: Paul-schreyer